Beschluss:

Die Vorlage wird intensiv diskutiert.

Ratsfrau Lingelbach vermisst Aussagen zu dem künftigen Leistungsspektrum; es soll über eine finanzielle Förderung Beschluss gefasst werden, die Gegenleistung wird indes nicht beschrieben.

Herr 1. Stadtrat Humpe-Waßmuth verweist auf den langwierigen und intensiven Prozess zu dieser Thematik und den dazu initiierten interfraktionellen Arbeitskreis. Die nunmehr zu treffende Entscheidung sei erforderlich, um der Diakonie die nötige Planungssicherheit zu bieten, damit dann eine Verhandlungsgrundlage besteht und eine neue Vereinbarung auch über das Leistungsspektrum getroffen werden kann.

Auf Nachfrage erläutert Herr Humpe-Waßmuth, dass sich die Diakonie in dem Falle, dass keine finanzielle Förderung gewährleistet würde, nicht imstande sehe, das Mehrgenerationenhaus weiterhin zu betreiben.

Ratsherr Döring kritisiert die Form der Vorlage mit mehreren Entscheidungsvarianten. Er verweist auf die Ausführungen des Fachdienstes Recht zu Alternativabstimmungen und den damit verbundenen Problemen.

Ratsherr Döring spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung in einer Beschlussvorlage die von ihr favorisierte Variante zur Abstimmung vorlegen möge. Mögliche Alternativen und deren Abwägung sollten dabei beschrieben werden. Aufgabe der Politik sei es dann, darüber abzustimmen oder andere Vorschläge mittels Änderungs- /Ergänzungsanträgen zu unterbreiten.

Ferner weist er darauf hin, dass der Vorlage nicht zu entnehmen ist, wie die Finanzierung erfolgen soll. Ggf. fehle der Hinweis, dass die Mittel bei entsprechender Beschlussfassung im künftigen Haushalt eingeplant würden.

Herr 1. Stadtrat Humpe-Waßmuth weist auf die gute Arbeit im Mehrgenerationenhaus hin und erklärt, dass die Verwaltung sehr wohl eine Beschlussvariante favorisieren würde – nämlich die Variante B. Es sei aber nicht erkennbar gewesen, zu welcher Lösung die Politik tendieren würde. Daher sieht die Vorlage mehrere Entscheidungsvarianten vor.

Ratsherr Döring regt daraufhin an, eine entsprechende Neufassung der Vorlage vorzulegen.

Die Verwaltung sagt dies zum schnellstmöglichen Zeitpunkt, spätestens aber zur Ratsversammlung, zu. Dieser Neufassung sollen dann - soweit möglich - auch Aussagen zum künftigen Leistungsspektrum ersichtlich sein.

Der Hauptausschuss beschließt zudem, die Beratungsfolge dahingehend zu ändern, dass im Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss eine Vorberatung erfolgt und nicht nur Kenntnis zu nehmen ist.

Es erfolgt Kenntnisnahme.